

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Kreistag Wolfenbüttel

**Landkreis Wolfenbüttel
Landrat Jörg Röhmann
Bahnhofstr. 11**

38300 Wolfenbüttel

Fraktionsbüro
Halchtersche Str. 2
38304 Wolfenbüttel
email:
kreistag@gruene-wf.de

Rückfragen? 016090903194

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen
Br/Br

Datum
7.12.2009

Zu TOP 11 der Sitzung des Kreistages am 07.12.2009, Antrag des Linksbündnisses auf Einsetzung einer Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten, Vorlage XVI-656/2009

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der Kreistagssitzung am 07.12.2009 werden wir zu TOP 11 beantragen,

den Antrag des Linksbündnisses auf Einsetzung einer Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten, (Vorlage XVI-656/2009) unter Berücksichtigung des hier Geschriebenen in den Fachausschuss Arbeit und Soziales zurück zu verweisen.

Alsdann mag der Fachausschuss dem Kreistag empfehlen,

ein aus 5 Kreistagsabgeordneten bestehendes Informationsgremium zu bilden, das von der zuständigen Fachbehörde des Landkreises Wolfenbüttel anhand des u.a. Bogens über jeden Fall einer Abschiebung zeitnah informiert wird und wiederum dem Fachausschuss für Arbeit und Soziales regelmäßig Bericht erstattet.

Begründung:

Als der Antrag des Linksbündnisses auf Einsetzung einer Begleitgruppe im Fachausschuss behandelt wurde, fehlte es an der Vorstellung, welcher Aufgabe eine solche Begleitgruppe nachzukommen hätte.

So äußerte sich Herr Landrat Röhmann in Ablehnung einer solchen Begleitgruppe, der der Fachausschuss einstimmig folgte, u.a. wie folgt:

„Der Kreistag hat in der Asylpolitik nur wenig Spielraum, da dies eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises darstellt. ... Wir haben keine Einflussmöglichkeiten. Deshalb bin ich gegen eine Begleitgruppe. Wir würden damit den falschen Eindruck erwecken, dass wir etwas ändern können.“ (Zitiert nach Braunschweiger Zeitung, Wolfenbüttel: 10.11.2009, Wolfenbüttel Lokales, Seite 34).

Tatsächlich ist der Begriff „Begleitgruppe“ mit weitreichenden Informations- und auch Beteiligungsmöglichkeiten besetzt, denken wir z.B. an die im Landkreis Wolfenbüttel bestehende ASSE-II-Begleitgruppe, die ein einzigartiges Gremium ist. Von daher könnten mit dem Begriff einer „Begleitgruppe für asylpolitische Angelegenheiten“ tatsächlich hohe, nicht zu erfüllende Erwartungen verbunden werden.

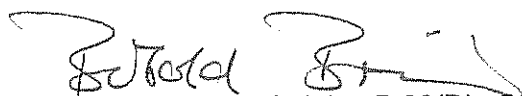
Gleichwohl sollte der Kreistag informiert sein, welche Geschehnisse im Sinne von Abschiebungen im Landkreis Wolfenbüttel stattfinden. Transparenz schaffen und auch deutlich machen, dass der Landkreis Wolfenbüttel von solchen tief in Einzelschicksale eingreifenden Geschehnissen nicht frei ist, ist hier eine Möglichkeit. Um diesem Zweck zu dienen, wird ein aus fünf Kreistagsabgeordneten bestehendes Informationsgremium eingesetzt, welches anhand von ausgefüllten Bögen (Textentwurf siehe nachstehend) von der Fachbehörde über jeden Fall von Abschiebung zeitnah informiert wird. Das Informationsgremium seinerseits unterrichtet den Fachausschuss für Arbeit und Soziales und somit den Kreistag.

Text des o.a. Bogens:

- 1.) Welchen Status hatte _____ in der Zeit seines Aufenthaltes in Deutschland (Flüchtling/Asylbewerber/...)
- 2.) War die Abschiebung von _____ zwingend erforderlich?
- 3.) Warum?
- 4.) Wer konkret hat über die Abschiebung entschieden – und war Herr Landrat Röhmann persönlich in den Entscheidungsprozess eingebunden?
- 5.) Zu welchem Zeitpunkt stand der Abschiebungstermin fest?
- 6.) Wurde das Landeskriminalamt (LKA) in den Abschiebevorgang eingeschaltet?
- 7.) Wenn ja: Wurde mit dem LKA die konkrete Form der Abschiebung (z.B. Uhrzeit des Zugriffs) abgesprochen?
- 8.) Leben Familienangehörige von _____
 - a) im Landkreis Wolfenbüttel
 - b) in anderen Gebietskörperschaften in Deutschland?
- 9.) Haben auch sie mit Abschiebung zu rechnen?

- 10.) Wurde vor der Abschiebung von _____ der Rechtsweg eingeschlagen?
- 11.) Unabhängig vom eingeschlagenen Rechtsweg: Wurde die Härtefallkommission des Landes Niedersachsen mit dem Fall befasst?
- 12.) Wenn ja: Wurde die Entscheidung der Härtefallkommission abgewartet?
- 13.) Hält der Landrat das im vorliegenden Fall praktizierte Verfahren für einen angemessenen und notwendigen Weg der Abschiebung?

Mit freundlichen Grüßen


für die Kreistagsfraktion B 90/Die GRÜNEN
(Fraktionsvorsitzender)